

MDZ-Infodienst

Kaspische Pipeline nimmt Betrieb auf

Ende Mai wurde mit der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline eine der bedeutendsten Ölleitungen der Welt in Betrieb genommen. Sie befördert Öl aus dem Kaspischen Meer vom aserbaidzschischen Terminal Sangachal über Georgien bis in den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan. Eine Million Barrel sollen ab Herbst täglich durch die Leitung fließen. An dem drei Milliarden teuren Projekt ist der britische Ölkonzern BP mit 30 Prozent beteiligt, die staatliche aserbaidzschische Ölgesellschaft Socar hält 25 Prozent, den Rest teilen sich internationale Konzerne wie Total, Statoil, Conoco-Phillips und Unocal. Konzipiert wurde die Pipeline, um kaspisches Öl unter Umgehung Russlands auf die Weltmärkte zu bringen.

Usbekistan:

EU droht, China lobt

Nach dem Blutbad von Andischan hat die Europäische Union dem usbekischen Präsidenten Islam Karimow mit „Konsequenzen“ gedroht, falls dieser eine unabhängige Untersuchung der Ereignisse verweigern sollte. Derweil hat die chinesische Regierung versichert, Karimows Vorgehen gegen regierungsfeindliche Demonstranten „fest“ zu unterstützen. Chinas Präsident Hu Jintao bezeichnete Karimow während seines ersten Auslandsbesuchs nach den Unruhen Ende Mai in Peking als „alten Freund des chinesischen Volkes“. Bei dem Massaker im ostusbekischen Andischan sind nach vorläufigen Einschätzungen von Menschenrechtsorganisationen zwischen 500 und 1000 Menschen ums Leben gekommen.

Lettland: Erneut Streit um Staatenlose

Zwischen Russland und Lettland sind erneut Streitigkeiten um die Rechte der russischsprachigen Minderheit entbrannt. Zum Auslöser wurde eine Absichtserklärung des lettischen Parlaments, bei der Ratifizierung einer Rahmenkonvention des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten zwei ursprünglich vorgesehene Artikel zu streichen. Diese betreffen das Recht nationaler Minderheiten, in „Gebieten mit kompakter Besiedlung“ topografische Bezeichnungen (z. B. Straßennamen) sowie die Kommunikation mit der Regionalverwaltung in ihrer Muttersprache zu gestalten. Zudem will Lettland den Minderheitenschutz nur für Personen anwenden, die im Besitz der lettischen Staatsbürgerschaft sind. In Lettland leben jedoch über 400 000 russischsprachige Staatenlose. Das russische Außenministerium wirft dem lettischen Parlament „Diskriminierung“ vor.

Georgien: Russische Soldaten ziehen ab

Nachdem in den vergangenen Monaten zwischen Tiflis und Moskau dauerhaft Streit über den Abzug zweier russischer Militärbasen aus Georgien geherrscht hatte, wurde Ende Mai eine endgültige Einigung erzielt. Russlands Außenminister Sergej Lawrow erklärte nach Gesprächen mit seiner georgischen Amtskollegin Surabischwili, die beiden Stützpunkte in Alchalkalaki und Batumi würden bis 2008 geschlossen und die dort stationierten Truppen abgezogen. Russland hatte zunächst eine spätere, Georgien dagegen eine frühere Schließung der Basen gefordert.

„Das Volk wird nicht mehr schweigen“

Seit dem März-Umsturz ist Kirgisien ein anderes Land geworden - und hat neue Probleme

Am 10. Juli wählt das kirgisische Volk ein neues Staatsoberhaupt. Die einstigen Kontrahenten Kurmanbek Bakijew und Felix Kulow wollen nun als Team antreten. Noch ist die Lage ruhig - aber ist der Bürgerkrieg endgültig abgewendet?

Christian Weisflog

Rückkehr zur Normalität oder Ruhe vor dem großen Sturm? Zwei Monate nach der „Tulpenrevolution“ sind in den Straßen Bischkeks kaum mehr Spuren des Umsturzes und der anschließenden Plünderungen zu sehen. Einzig der verriegelte Eingang zum großen Kaufhaus am Tschuj-Prospekt und die neuen Glastüren der „Narodnyj“-Supermärkte erinnern noch an die wilden Revolutionstage. Auch im Weißen Haus, das von Demonstranten gestürmt wurde, ist wieder Ordnung eingekehrt: „Sie hätten früher kommen sollen. Alles war zerschlagen“, erzählt die Medienbeauftragte der Regierung.

Es ist Frühling in Bischkek: Laubbäume tauchen die Stadt in ein saftiges Grün, überdecken die heruntergekommenen Wohnhäuser und verleihen der Gebirgsmetropole zu Fuß der Alatau-Berge mediterranes Flair. Die Menschen flanieren in den schattigen Parks, überall spielen Kinder - eine scheinbare Unbekümmertheit liegt in der Luft.

Doch der Schein trügt. Während das Leben und die Natur ihren unerschütterlichen Gang gehen, ist der politische Frühling noch fern. Die Revolution hat einen riesigen Berg von Hoffnungen, Problemen und zahlreichen Fragen hinterlassen: Wer wird die Präsidentschaftswahlen am 10. Juli gewinnen? Kommt es nach den Wahlen zum Bürgerkrieg oder zu einer Aufteilung des Landes in Nord und Süd? Wie wird die neue Verfassung aussehen? Wie kann die Korruption bekämpft werden? Was geschieht mit dem Vermögen des abgesetzten Präsidenten Akajew und seiner Familie?

„Die Zeit nach den Präsidentschaftswahlen wird schrecklich“, glaubt ein Taxifahrer. „Vielleicht kommt es zum Bürgerkrieg.“ Das hält auch die Zeitung „Moja Stoliza“ nicht für ausgeschlossen: „Die Ambitionen der Politiker können

zum Bürgerkrieg führen“, titelt dort der Politologe Erme Kosubekow. Laut David Lewis, dem Direktor der „International Crisis Group“ in Zentralasien, hat sich die Bevölkerung nach den Plünderungen Ende März bewaffnet. Kürzlich warnte Tursunbaj Bakir Uulu - Ombudsmann, Beauftragter für Menschenrechte und Präsidentschaftskandidat - davor, dass Waffen aus Nachbarstaaten nach Kirgisien geliefert würden, die während der Wahlen eingesetzt werden könnten.



Jedem seine Revolution: In Bischkek fordern Eisenbahner bessere Lebensverhältnisse.

Ein mit den führenden Politikern vertrauter Experte hält einen Krieg jedoch für unwahrscheinlich. Die beiden Hauptfiguren Felix Kulow und der Interimspräsident Kurmanbek Bakijew verfügten über große soziale Kompetenz und würden eine Eskalation nicht zulassen.

Gerade in den letzten Wochen jedoch zeichnete sich im Hinblick auf die Wahlen eine zunehmende Polarisierung zwischen dem aus dem Norden stammenden ehemaligen General Felix Kulow und dem aus dem Süden stammenden Bakijew ab, wobei sich auch die Presse in zwei Lager spaltete und sich eine Schlammschlacht anbahnte. Kulow wurde vorgeworfen, mit dem abgesetz-

ten Präsidenten Askar Akajew geheime Vereinbarungen getroffen zu haben. Laut Samira Sidikowa, der Chefredakteurin der Zeitung „Respublika“, hat Kulow nach dem 24. März von der russischen Botschaft aus mehrmals mit Akajew in Moskau telefoniert, mit der Absicht, die Revolution wieder rückgängig zu machen. Kulow befürwortete damals eine Heimkehr Akajews, damit dieser seinen Rücktritt persönlich vor dem Parlament bekannt geben könne.

Kulow, auch der „Eiserne Felix“ genannt, warf Bakijew seinerseits vor, die Lage im Land nicht im Griff zu haben. Immer noch wird der Oberste Gerichtshof von Demonstranten besetzt, die den

Präsidenten Askar Akajew geheime Vereinbarungen getroffen zu haben. Laut Samira Sidikowa, der Chefredakteurin der Zeitung „Respublika“, hat Kulow nach dem 24. März von der russischen Botschaft aus mehrmals mit Akajew in Moskau telefoniert, mit der Absicht, die Revolution wieder rückgängig zu machen. Kulow befürwortete damals eine Heimkehr Akajews, damit dieser seinen Rücktritt persönlich vor dem Parlament bekannt geben könne.

Präsidenten Askar Akajew geheime Vereinbarungen getroffen zu haben. Laut Samira Sidikowa, der Chefredakteurin der Zeitung „Respublika“, hat Kulow nach dem 24. März von der russischen Botschaft aus mehrmals mit Akajew in Moskau telefoniert, mit der Absicht, die Revolution wieder rückgängig zu machen. Kulow befürwortete damals eine Heimkehr Akajews, damit dieser seinen Rücktritt persönlich vor dem Parlament bekannt geben könne.

Präsidenten Askar Akajew geheime Vereinbarungen getroffen zu haben. Laut Samira Sidikowa, der Chefredakteurin der Zeitung „Respublika“, hat Kulow nach dem 24. März von der russischen Botschaft aus mehrmals mit Akajew in Moskau telefoniert, mit der Absicht, die Revolution wieder rückgängig zu machen. Kulow befürwortete damals eine Heimkehr Akajews, damit dieser seinen Rücktritt persönlich vor dem Parlament bekannt geben könne.

Präsidenten Askar Akajew geheime Vereinbarungen getroffen zu haben. Laut Samira Sidikowa, der Chefredakteurin der Zeitung „Respublika“, hat Kulow nach dem 24. März von der russischen Botschaft aus mehrmals mit Akajew in Moskau telefoniert, mit der Absicht, die Revolution wieder rückgängig zu machen. Kulow befürwortete damals eine Heimkehr Akajews, damit dieser seinen Rücktritt persönlich vor dem Parlament bekannt geben könne.

Präsidenten Askar Akajew geheime Vereinbarungen getroffen zu haben. Laut Samira Sidikowa, der Chefredakteurin der Zeitung „Respublika“, hat Kulow nach dem 24. März von der russischen Botschaft aus mehrmals mit Akajew in Moskau telefoniert, mit der Absicht, die Revolution wieder rückgängig zu machen. Kulow befürwortete damals eine Heimkehr Akajews, damit dieser seinen Rücktritt persönlich vor dem Parlament bekannt geben könne.

Unsanftes Erwachen

Nach der Euphorie der Revolutionstage wird die Ukraine vom Alltag eingeholt

Wegen einer Benzinkrise sind sich Präsident Viktor Juschtschenko und seine Premierministerin Julia Timoschenko in die Haare geraten. Derweil bangt die Wirtschaft vor Überprüfungen der Nachwendprivatisierungen. Und Europa will auch nicht recht näher rücken.

Jens Mühlring

Wenigstens auf dem Kreschtschatik ist die Welt noch in Ordnung. Überall entlang des zentralen Kiewer Boulevards bieten fliegende Händler derzeit Souvenirs der „Orangenrevolution“ feil, und zu den Verkaufsschlagnern gehören neben orangefarbenen Taschen, T-Shirts und Kaffeebechern vor allem Porträtfotos von Viktor Juschtschenko und seiner Premierministerin Julia Timoschenko. Es sind Aufnahmen aus besseren Zeiten, als das ukrainische Revolutions-Duo noch als unzertrennlich galt.

Damit ist es vorbei. Als Juschtschenko seiner Premierministerin kürzlich eine öffentliche Rüge aussprach, sahen manche Timoschenko kurz vor dem politischen Ende. Ausschlaggebend war eine umstrittene Maßnahme, mit der die Premierministerin einer Ölkrise entgegensteuern wollte. Russische Konzerne, die gut 80 Prozent des ukrainischen Bedarfs abdecken, hatten in den letzten Wochen stetig die Preise angehoben. Nachdem es Timoschenko

demonstrieren. „Juschtschenko spricht von Demokratie“, schimpft einer der Demonstranten, „aber gelten soll sie nur für die, die ihn gewählt haben.“

Auch unter Wirtschaftsvertretern sind die Maßnahmen umstritten - zumal Timoschenko angekündigt hat, bis zu 3000 fragwürdige Privatisierungen zu überprüfen. Eine Liste von 30 Unternehmen, die einst zu Discount-Preisen an Kutschma-Günstlinge verhöckert wurden, existiert schon jetzt: Sie sollen vor die Wahl gestellt werden, entweder Staatsanteile nachzukaufen oder erneut versteigert zu werden.

In der Bevölkerung ist Juschtschenkos Popularität derweil ungebrochen. Über 60 Prozent der Ukrainer vertrauen laut Umfragen ihrem neuen Präsidenten - sein Vorgänger Kutschma hatte es zuletzt auf acht Prozent gebracht. Fragt man Menschen auf der Straße, was sich seit Juschtschenkos Amtsantritt getan hat, lautet die Antwort in der Regel: „Nicht viel.“ Aber so recht scheint das auch niemanden zu überraschen - schließlich steckt das neue System noch in den Kinderschuhen.

Auch der Schriftsteller Andrej Kurkow, der sich während der Revolutionstage aktiv für die Opposition einsetzte, ist wenig überrascht, dass greifbare Veränderungen

bislang auf sich warten lassen: „Kein Land lässt sich innerhalb von drei Monaten zivilisieren.“ Fühlbar sei ein Wandel allerdings schon jetzt in den Medien, die objektiver berichteten als früher. Und generell gelte: „Die Ukraine ist jünger geworden. Es hat sich ein neuer Muskel herausgebildet, der für Bewegung sorgt.“

Führt diese Bewegung nach Europa? Kurkow seufzt. „Es zeigt sich immer deutlicher, dass Europa die Ukraine nicht braucht. Natürlich wird man hier weiter auf proeuropäische Rhetorik setzen - aber sie wird sich immer weiter von der Realität entfernen.“ Speziell von Deutschland verspricht sich Kurkow keinen Einsatz für die Ukraine mehr: „Dieser ganze Visa-Skandal liegt vier Jahre zurück, aber konfrontiert wurde die Ukraine damit, unmittelbar nachdem Juschtschenko seine EU-Ambitionen verkündet hatte. Solange Europa auf Russland setzt, steht die Ukraine nur im Weg.“

Bleibt Europa also trotz des „Eurovision Song Contest“ in Kiew eine Vision? Bleibt die Ukraine das Land „u krajina“, das Land „am Rande“? Auf dem Kreschtschatik verteilen Mädchen Werbezettel für einen Mobiltelefonanbieter. Ein „Euro-Tarif“ wird da angeboten: „Telefonieren ohne Grenzen!“